

Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanschrift
Tageblatt Riesfa,
Herausf. Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesfa, des Rates der Stadt Riesfa, des Finanzamts Riesfa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:
Dresden 1880,
Girokonto:
Riesfa Nr. 52.

Nr. 72.

Sonnabend, 26. März 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen: eine Bewerbe für das Erscheinen an bestimmten Tagen und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesfa. Acht tägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesfa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Riesfa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesfa.

Kein Verzicht auf die deutschen Reparationen! Tardieu verlangt Beibehaltung des Youngplans.

Paris. Im Verlaufe der Aussprache im Senat am Freitag über den Haushalt des Außenministeriums sprach Ministerpräsident Tardieu über die Außenpolitik Frankreichs. Tardieu erklärte einleitend, daß die Auffassung, der Völkerverbund stehe auf schwachen Füßen, denjenigen zu verdanken sei, die seit 13 Jahren die Rolle des Völkerverbundes herabgesetzt hätten. Um so wichtiger sei es daher jetzt, eine internationale Macht sicherzustellen und den französischen Vorschlag, den er auf der Abrüstungskonferenz eingebracht habe, anzunehmen.

Tardieu ging dann auf die Reparationspolitik der französischen Regierung über und erklärte, daß der jetzige Standhalt unter anderem 1173 Millionen Franken als Einnahmeposten aufweisen müsse, der die Reparationen darstelle, die Deutschland im Juli zu leisten habe. Wenn man diese Eintragung nicht gemacht hätte, so würde das einen Verzicht Frankreichs auf die deutschen Reparationen bedeuten haben. Tardieu fuhr dann fort: „Niemand hätte uns das verziehen. Möge der Himmel geben, daß die 1173 Millionen sich eines Tages in unserer Kasse befinden.“

In der Reparationsfrage ist Frankreich bereit, die freiwillig unterzeichneten Verträge den Verhältnissen anzupassen. Es verweigert aber eine Revision der Unter schrift. Das bedeutet, daß wir im kommenden Juni zur Kaufmann Konferenz gehen, nachdem wir unseren Standpunkt dem der anderen Mächte, mit denen wir uns treffen werden, genähert haben. Wir werden aber entschlossen an unserer Auffassung festhalten, weil dies unser Recht ist und weil wir die Sicherheit von morgen auf die Unter schrift der Abkommen aufbauen wollen, die gestern getroffen worden sind, und die wir deshalb nicht zerbrechen können. Frankreich wird bis zum Ende für die Respektierung der Unter schrift eintreten und niemals zulassen, daß die Unter schrift auf irgendein Gewinn- oder Verlustkonto geschrieben werden könnte, wie irgendein eingefrorener Kredit. Wenn nicht während der zwei Monate bis zur Lausanner Konferenz Maßnahmen ergriffen werden, könnten ernste Ereignisse eintreten. Die Länder Mitteleuropas befinden sich gegenwärtig im Zustand des Moratoriums. Man muß also schnellstens für die Rettung Mitteleuropas etwas tun.“

Tardieu erklärte dann, daß die Verhandlungen über die Schaffung der Donau-Föderation einen befriedigenden Verlauf nähmen. „Wir sind bei den Ländern, die beim Friedensvertrag entstanden sind und seit 13 Jahren mit uns gearbeitet haben, niemals auf die geringste Feindseligkeit oder Opposition gestoßen. Was England anlangt, haben wir wieder in Gewohnheit angenommen, freundschaftlich uns mit ihm ins Einvernehmen zu setzen, und man muß wünschen, daß dieses intime Handinhandgehen so stark wird, daß es niemals wieder aufhört.“ Tardieu sprach dann von Italien „einem großen Lande, mit dem wir wegen unserer Kultur und Rasse verbunden sind und von dem wir uns in gewissen Augenblicken vielleicht infolge gemeinsamer Fehler entfernten.“

Frankreich und Italien

müßten eines Tages das, was sie trenne, und das, was sie gemeinsam hätten, ins rechte Licht setzen, dann würden die Gründe für eine Annäherung über die Gründe für eine Trennung den Sieg davontragen. „Die gegenwärtigen innerpolitischen Schwierigkeiten sind ernst“, so schloß Tardieu, „aber wir können ihrer Herr werden. Unsere auf demokratischer Grundlage aufgebaute auswärtige Politik muß im wesentlichen darin bestehen niemals zu sagen und stets mit offenen Karten zu spielen. Diese demokratische Politik ist begründet auf unserem Einvernehmen mit England.“

Tardieu erntete langanhaltenden Beifall.

Frankreichs Starrsinn

Paris, 26. März.

In der Senatsberatung des Budgetvoranschlages für 1932 forderte Senator Beranger besondere Beachtung für die durch das Hoovermoratorium geschaffene Lage. Etwa zwei Milliarden würden auf diesem Wege dem französischen Budget entzogen. Vom Ausgang der Lausanner Konferenz werde teilweise das Gleichgewicht der künftigen Budgets abhängen, da die Zahlungen Deutschlands für sie eine Einnahmequelle darstellen. Die Regierung müsse deshalb erklären, welche Haltung sie in Lausanne einnehmen wolle. Das Hoovermoratorium habe begonnen, den Begriff von der Heiligkeit der Verträge zu zerstören, und die Revisionspolitik gewisser Staaten trage nicht dazu bei, das internationale Vertrauen wieder zu beleben. Hauptfrage bleibe deshalb für die Respektierung der eingegangenen Verpflichtungen zu sorgen.

Finanzminister Flandin betonte, daß Frankreich Wert darauf gelegt habe, auf die Tagesordnung der Lausanner Konferenz die Lösung der Welt beunruhigenden wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten zu setzen. Zur Reparationspolitik Frankreichs sei zu sagen, daß Frankreich sich an die Schlussfolgerungen der Balmes Sachverständigen

halte, die erklärt hätten, daß ein Verzicht auf die Reparationen nur bedeuten würde, die Last auf andere Schultern zu legen. Wir können auch nicht vergessen, daß Frankreich die Ausgaben für den Wiederaufbau seiner verwüsteten Gebiete hat vorziehen müssen. Alle Welt erkennt an, daß sogar eine Streichung der Reparationen und Kriegsschulden die Wirtschaftskrise nicht lösen würde. Allgemeine Lösungen sind notwendig und man wird zu einer Politik des Wiederaufbaues gelangen müssen. Zunächst muß man den langfristigen Kredit wiederherstellen und zu diesem Zweck erreichen, daß die eingegangenen Verpflichtungen respektiert werden.

Der Arm ohne Gehirn

Tardieu stellt die Ohnmacht des Völkerverbundes fest

Paris, 26. März.

Im Senat hielt Ministerpräsident Tardieu bei der Diskussion des auswärtigen Budgets eine hochwichtige politische Rede, in der er u. a. ausführte:

Seit sechs Monaten seien, während diplomatische Verhandlungen und militärische Operationen sich verfeinerten, Männer aller Nationen von großem Zweifel und großer Angst befallen worden; sechs Monate lang seien in Paris und Genf Ausschussversuche vom Völkerverbund in einem Konflikt gemacht worden, der fast unlösbar schien, weil die Vereinigten Staaten dem Völkerverbund nicht angehörten und weil England es nicht liebe, sich im Fernen Osten festzulegen.

Vergleichsvorschlag in der Streitfrage NSDAP.

(Schluß.)

Ministerialdirektor Dr. Badt erklärte nach längerem weiteren Auseinandersetzen, der konkrete Anlaß zu der preussischen Polizeiaktion sei ein Brief des Reichswehrministers und Innenministers Dr. Groener vom 8. März an den preussischen Innenminister. D diesem Brief zufolge habe eine Persönlichkeitsfrage, die mit den Verhältnissen in der SA. genau vertraut sei, dem Minister Groener mitgeteilt, daß in der SA. in der letzten Zeit Wahrnehmungen zu machen seien, die zu Verfassungsverstößen Anlaß gäben. So habe man besonders in Schlesien die Waffenlager der Reichswehr festgestellt und alles vorbereitet, um sie durch Handstreich zu nehmen. Alles lasse darauf schließen, daß mit einem Handstreich der SA. zu rechnen sei.

Nach den Informationen des Gewährsmannes hätten Dr. Goebbels, Göring, Röhm und andere Helfer für die Reichspräsidentenwahl zum letzten Male Gelegenheit gegeben, legal zur Macht zu kommen. Sollte sich nach Verhängung des Wahlergebnisses ergeben, daß die Kandidatur Görings aussichtslos sei, so wäre schon am folgenden Tage mit dem Vorschlag zu rechnen.

Dr. Badt erklärte weiter, der Brief des Reichsinnenministers schließe, er gebe dem preussischen Minister hiervon Kenntnis mit der Bitte, das Notwendige zu veranlassen. Trotzdem habe der preussische Innenminister damals noch keine Schritte ergriffen. Als sich jedoch nach der Wahl die Nachrichten häuften, daß Waffen- und Munitionstransporte stattfänden usw., habe der Minister am 15. März es für seine Pflicht gehalten, dieser Gefahr vorzubeugen. Ministerialdirektor Badt erklärte dann, daß alles Material, das mit dieser Aktion in Zusammenhang stehe, nicht herausgegeben werden könne. Das gesamte andere Material werde jedoch sofort wieder ausgehändigt werden.

Rechtsanwalt Dr. Frank nahm sodann das Wort zu einer kurzen Entgegnung auf die Mitteilungen Dr. Badts. Er zitierte die Erklärungen des preussischen Innenministers am 17. März zur Begründung seines Vorgehens gegen die NSDAP., in der es ausdrücklich heiße, daß Anlaß zu dem Vorgehen die Zusammenziehung der SA- und SA-Lente

war. Diese Zusammenziehung sei bekanntlich vom Reichsinnenministerium gebilligt worden. Dr. Frank schloß seine Ausführungen mit der Feststellung, der preussische Innenminister habe die Öffentlichkeit am 17. März über die Gründe seines Vorgehens geküßelt. Dr. Frank hat den Vorstehenden, eine persönliche Ansprache zwischen je einem Vertreter der beiden Parteien im Weisem des Vorstehenden zu ermöglichen. Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke erklärte, er glaube nicht, daß die Aussichten für einen solchen Gedankenaustrausch besser geworden seien, nachdem Dr. Frank der Gegenpartei bewußte Täuschung der Öffentlichkeit zum Vorwurf machte.

Nach der Erklärung Dr. Badts, daß Minister Severing das Schreiben des Reichsinnenministers bisher nicht bekanntgegeben habe, um die Öffentlichkeit zu beunruhigen, wurde die Verhandlung unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung um 16.30 Uhr gab der Vorsitzende Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke folgende Erklärung ab: Rechtsanwalt Frank II hat eine Reueklärung getan, die dahin bedeutet werden könnte, als wolle er dem preussischen Minister des Innern den Vorwurf einer Täuschung der Öffentlichkeit machen. Die Erörterungen über diesen Punkt haben ergeben, daß Rechtsanwalt Frank dieser Gedanke fernzulegen hat. Damit darf ich diese Sache als erledigt betrachten.

Im übrigen habe ich mich auf Grund der Erklärungen, die im Verlaufe der Verhandlungen erfolgt sind, entschlossen, zu versuchen, den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung durch einen Vergleichsvorschlag zu erledigen. Ueber den Inhalt dieses Vergleichsvorschlages und über die Aussichten des Zustandekommens vermag ich im Augenblick nichts zu sagen. Ich kann aber feststellen, daß ich mit beiden Streitparteien dahin einig bin, daß es sich mit Rücksicht auf die schwebenden Verhandlungen nicht empfiehlt, in dem letzten Streitverfahren wegen Erlass einer einstweiligen Verfügung fortzufahren.

Darauf schloß der Präsident die Sitzung.

„Graf Zeppelin“ auf der Rückfahrt.

1) Fernambuco. „Graf Zeppelin“ ist am Mittwoch zur Rückfahrt nach Friedrichshafen aufgestiegen.

Braunschweigische Verammlung verboten.

Braunschweig, 26. März.

Wie die braunschweigische Polizei mitteilt, ist die im Rahmen der Führertragung der Hitlerjugend zum ersten Osterfeiertag geplante Verammlung der Hitlerjugend in der Stadthalle nunmehr von Reichs wegen verboten worden.

Besprechung Tardieu - Macdonald

Paris, 26. März.

Nach einer Havasmeldung aus London wird in englischen ausländischen Kreisen das Gerücht von einer Begegnung Tardieus mit Macdonald nicht bestätigt, doch erklärt man, daß Macdonald einer solchen Zusammenkunft nicht abgeneigt sein würde. Wenn sie zustandekommen sollte, würden die Lausanner Konferenz und das Donauproblem Hauptgegenstand der Unterredung sein.